Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen höherer Art, wie es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Licht", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., vierteljährlich 5.88 M. Postbezugspreis 1.96 M. zuzüglich Postgebühren, Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25201 und 12701. Geschäftsstunden von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundzeile (die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Briefnebenl. 10 Pf. Einzelnummern 10 Pf.

Nr. 80 | Dresden, Freitag, den 4. April 1930 | 41. Jahrgang

Brünings Scheinsieg

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

A. B. Wie schon gemeldet, beschloß der Reichstag die Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensanträge mit 253 gegen 187 Stimmen. Die Deutschnationalen fielen wieder einmal um, und damit ist das Kabinett Brüning demaskiert als die Bürgerblockregierung von Hugenbergs Gnaden. Dieser Sieg Brünings ist in Wahrheit ein Erfolg Schieles über Hugenberg, ein Pyrrhussieg Brünings über die Demokratie. Deshalb wird der neue Reichskanzler seines Sieges nicht froh werden, vielleicht fühlt er diese Schwäche seiner Position und nutzt diesen kurzfristigen Wechsel des bedingten Vertrauens dieser zweifelhaften Mehrheit, um den Reichstag in Kürze nach Hause zu schicken. Zur Stunde berät die Reichsregierung im Zeppelin-Zimmer über diese Möglichkeiten: Soll der Reichstag in die Luft fliegen oder der Start der Hindenburg-Regierung nach dem Artikel 48 erfolgen oder schließlich vorläufig fortgewurstelt werden?

Der Endkampf um das Schicksal der Brüning-Regierung war kurz. Ungewißheit und Spannung bis zur entscheidenden Abstimmung! Das Haus voll besetzt, die Regierung bis auf den letzten Mann vertreten. Vor Brüning liegt drohend die rote Mappe mit dem Auflösungsdekret. Wird er oder wird er nicht? Mag er so oder so: die Sozialdemokratie ist gerüstet. Mit jeder Stunde wird die Situation für sie klarer, wird ihre Position günstiger. Noch sind die deutschnationalen Bänke leer. Fraktionssitzung ohne Ende. Die Kluft im deutschnationalen Lager scheint unüberbrückbar. Gestern abend noch war Hugenberg Sieger geblieben. Heute morgen ist unter dem Druck der Landbundresolution, die Schiele für sein Agrarprogramm das Vertrauen ausspricht, eine Wendung der Dinge eingetreten: Hugenberg ist mit seinem Apparat gegen die Grüne Front unterlegen. Schiele ist Sieger geblieben. In zwölfter Stunde hat die deutschnationale Fraktion das Wort Hugenbergs Lügen gestraft, wonach die Nationalpolitik über Speckzoll geht. Schieles Speckzoll wog eben doch schwerer als der ganze Hugenbergsche Nationalismus.

Die Sitzung fängt heiter an. Reventlow unternimmt einen Vorstoß, gelähmt durch die Ungewißheit über die Haltung der Deutschnationalen. Und dann betritt Hugenberg die Tribüne. Ein köstliches Schauspiel: Gestern noch gegen das Kabinett um jeden Preis, heute für das Kabinett Brüning aus Angst vor Neuwahlen, aus Furcht vor einem Wahlkampf gegen Hindenburg! Aus der ganzen Erklärung des Cheruskers spricht die Angst über den Zerfall der Deutschnationalen Volkspartei. Denn es spricht sich trotz dem Beschluß, die Verhandlungen geheimzuhalten, allmählich doch herum, daß zwölf Mitglieder der deutschnationalen Fraktion mit ihrem Austritt gedroht haben, darunter führende Persönlichkeiten um Westarp und Schultz. Unter dem Druck der Parteikrise bringt Hugenberg dem Schiele, der gestern noch eine Braut ohne Mitgift genannt wurde, die geschlossene, durch Fraktionszwang gebundene deutschnationale Fraktion in die Bürgerblockehe. Der Zuruf „Hugenberg als Brautvater" löste minutenlanges Gelächter aus.

Mit der Erklärung Hugenbergs ist das Schicksal der Deutschnationalen als Oppositionspartei besiegelt, damit gleichzeitig aber auch das Schicksal des Kabinetts Brüning. Erst damit ist der Sieg Hindenburgs über die Große Koalition entschieden. Mit diesem innerpolitischen Tannenberg-Sieg hat er seine außenpolitische Belastung durch die Unterzeichnung der Young-Gesetze gegenüber den rechten Flügelparteien wieder wettgemacht. Aber früher oder später wird die Korrektur auch dieses Hindenburg-Kurses kommen müssen.

Durch das deutschnationale Vertrauen wird die Regierung Brüning erst recht zum Kampfkabinett gegen die Arbeiterklasse. Daran ändert auch das angeblich „weitgehende Mißtrauen" des Herrn Hugenberg gegen die Regierung nichts.

Die Regierung Brüning ist auf Gnade und Ungnade den Deutschnationalen ausgeliefert, und damit ist ihr Schicksal besiegelt. Sie ist gezwungen, den Zollwucher der Grünen Front zu verwirklichen, sie ist gezwungen, den polnischen Handelsvertrag zu opfern — oder die Deutschnationalen entziehen ihr das Vertrauen. Mit dieser deutschnationalen Handelsvertragspolitik aber gerät Deutschland in handelspolitische Komplikationen von unübersehbarer Wirkung. Denn das deutschnationale Zollprogramm bedeutet nichts anderes als den Zollkrieg auf der ganzen Linie. Die Sprengung aber der deutschen Handelsverträge ist die Drosselung der Exportmöglichkeiten und die Erschwerung der Erfüllungspolitik, die ohne die Steigerung des deutschen Exports undenkbar ist. Sie bedroht die Arbeiterklasse mit vermehrter Arbeitslosigkeit. Verstärktes Arbeitslosenelend aber unter dem Abbau der Sozialpolitik bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse die Gefährdung des Sozialiohns, ist gleichbedeutend mit einem Attentat auf die Lebenshaltung.

Damit ist der Weg für die Sozialdemokratie eindeutig vorgezeichnet. Gegenüber dieser Regierung, deren Existenz auf politischer Unwahrhaftigkeit beruht, deren Ziel soziale, kulturelle und wirtschaftliche Reaktion ist, gibt es für die Sozialdemokratische Partei nur eins: Entschiedene und zielbewußte Opposition bis zum Sturz dieses Hindenburg-Kabinetts. Die Aufgabe der Sozialdemokratie muß es sein, ihren parlamentarischen Aktionen den notwendigen außenparlamentarischen Resonanzboden bei den Massen zu verschaffen, diese zu mobilisieren für den Tag der Abrechnung.

• • •

Grüne Front regiert

Zwei Blamierte: Brüning und Hugenberg

Es waren furchtbare Minuten für die Herren auf der Ministerbank und für die Regierungsparteien im Saale, als am letzten Donnerstag das Schicksal des Kabinetts an der bevorstehenden Erklärung Hugenbergs hing. Der Soz. Pressedienst schreibt dazu:

Während Hugenberg mit der Anmaßung eines Diktators und mit der Einfalt eines Ahnungslosen seine Erklärung verlas, die eine einzige Herabwürdigung des Kabinetts, eine Beleidigung für einzelne Minister bedeutete, richteten sich [illegible] Blicke auf den Kanzler. Er wechselte die Farbe, wurde blaß und rot, aber er fahte keinen Entschluß. Vielen schien es, als habe schon in dieser Stunde Herr Dr. Brüning den Ruf, er kann von Mut und Energie zu sein, verspielt. Von Hugenbergs Schlägen getroffen, sprang der Zentrumsminister von Guérard auf. Der Vizepräsident des Reichstags, Herr Esser, einer der ruhigsten Männer im Hause, ging zum Kanzler hinauf und redete auf ihn ein. Allgemeiner Eindruck im Hause: „Jetzt muß der Reichstag auf. Herr Brüning kann die Gnade der Deutschnationalen nicht annehmen, wenn er ihm so entwürdigend [illegible] wird."

Dr. Brüning aber faßt sich und schwenkt. Während der Abstimmung ging es aufgeregt im Lager der Regierungsparteien zu. Es wurde [illegible] Zentrumsabstimmung. Es [illegible] und andere gestikulierten sich zu ihnen und bedrängten sie. In der Deutschen Volkspartei hat es [illegible] Die Nationalsozialisten [illegible] der Young-Gesetze [illegible] Regierung der Young-Erfüllung [illegible] Hugenberg [illegible] Deutschnationalen [illegible]

Ein grotesker Zustand: Hugenberg als Diktator der Regierung Brüning, und doch nimmt niemand im Reichstage Herrn Hugenberg ernst. Ein Parteiführer, der naiv dem Reichstag kund tut, daß unter seiner ruhmreichen Leitung vor 12 Stunden die Fraktion mit großer Mehrheit beschlossen habe, für das Mißtrauensvotum zu stimmen, daß sie im Augenblick aber und für heute einmütig entschlossen sei, daß Mißtrauensvotum abzulehnen, ist ein Hampelmann, aber kein Führer. Eine Partei, wie die Deutschnationale, die einen solchen Führer erträgt, eine Partei, die den nationalen Widerstand gegen alles in der Welt proklamiert, eine Partei, die jeden Young-Verantwortlichen ins Zuchthaus schicken will und nun selber sich für die Young-Politik zur Verfügung stellt — eine solche Partei wird sich selbst in Deutschland zugrunde richten.

Als im Jahre 1924 für Ministersitze und Ämter die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Dawes-Gesetze setzte, konnten die Häupter der Schwarzweißroten diese Politik des Jammers ihren gläubigen Anhängern vielleicht noch verschleiern. Jetzt aber, wo hundertprozentig die Deutschnationalen die Young-Regierung setzten, muß es auch dem Unbeholfensten dämmern, wenn Gesetzentwürfe von Subventionen winken, wenn Aussicht auf Lebensmittelzölle und Agrarkredite besteht, wenn man [illegible] auch in Preußen in Machtpositionen eingeschwenkt [illegible] man auf die nationale Befreiung und ähnliche Demagogien Mitbesitzer Sozialdemokratischer Ministerien bleiben [illegible] Young-Gesetze erhalten. Die Grüne Front ist die Koalition. Die nationale Front ist nur die Kulisse für die Turnen.

Der Zentrumskanzler aber, der ein Erneuerer des deutschen Parteilebens werden wollte, ist unter den Peitschenhieben reaktionärster deutscher Parteiführer gekrümmt.

Wittke ist los!

Der Prophet aus Niedersedlitz i. Sa.

In Leipzig fand am Mittwoch die Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Industriellen statt. Was heute auf einer solchen Tagung vorgeht, weiß man eigentlich, ohne daß darüber berichtet wird. Es wird nach Noten geschimpft auf den Staat und die Gewerkschaften, auf Steuern und Soziallasten, und so war es auch auf der Tagung des Verbandes sächsischer Industriellen in Leipzig, nur daß dort noch stärkere Töne angeschlagen wurden und noch ein größeres Maß von borniertem Engstirnigkeit zutage trat, als sonst aus derartigen Tagungen. Nach den Begrüßungsansprachen des sächsischen Wirtschaftsministers Krug von Nidda und des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium, Trendelenburg, zog zunächst ein Herr Georg Stöhr, Vorsitzender der Ortsgruppe Leipzig, vom Leder. Er nahm vor allen Dingen die Gewerkschaften aufs Korn, die Gewerkschaften hätten das freie Spiel der Kräfte zwischen Angebot und Nachfrage gestört, und stellte dann die kühne Behauptung auf, daß Kriegskosten und Steuern in Deutschland ausschließlich auf Kosten des Kapitals und der Unternehmer gingen. Dann forderte er Herabsetzung der Löhne, auf England verweisend, wo angeblich die Gewerkschaften von selbst Lohnherabsetzung eingeführt hätten. Man könnte wünschen, daß auch die deutschen Gewerkschaften so viel wirtschaftliche Einsicht und Erkenntnis besäßen, daß sie bald ebenfalls an diese Frage heranträten.

Dann war der Vorsitzende des Verbandes der sächsischen Industriellen, Herr Direktor Wilhelm Wittke, Niedersedlitz, los und blies in dasselbe Horn. Die Aufgabe der Unternehmer sei es, so führte er u. a. aus, den 3 Millionen Arbeitslosen möglichst Arbeit zu geben. Aber der Staat und die Gewerkschaften hinderten die Arbeitgeber daran. Der Beweis sei mit wenigen Worten erbracht: Hartmann, Chemnitz, ein Betrieb, der praktisch nur noch dazu dagewesen wäre, Löhne, Steuern und Sozialabgaben herauszuwirtschaften, und der jetzt stillgelegt worden sei. Das Ueberangebot an Arbeitskräften und an Rohstoffen entspringe wohl der ungestümen Technisierung, aber gerade die Gewerkschaften hätten sich als Schrittmacher einer forschen Rationalisierung erwiesen, doch nur zu dem einen Zweck, die Arbeitslöhne zu erhöhen. Die Folge sei die Entwicklung der Arbeitslosenziffer auf ihren heutigen Stand gewesen. Man klage über den großen Aufwand mancher Unternehmer. Dieses Auftreten sei nicht zu verteidigen, aber in der Hauptsache sei es doch eine Folgewirkung des Steuerprinzips, das, von Haß und Neid geleitet, den wirtschaftlichen Menschen im Endergebnis härter belaste und das zu allem, nur nicht zum Sparen anrege. Natürlich schloß er damit, daß er eine schleunige und gründliche Neuordnung der deutschen Wirtschaftspolitik für unabweisbar erklärte, er zweifle allerdings, daß der Reichstag dazu in der Lage sein würde, die nötige Sparsamkeit zu erzwingen. Wenn der Reichstag noch zu einer Tat fähig wäre, so könnte es nur noch die negative sein, zugunsten einer mächtigen Regierung zu resignieren. (Auf seine Rechte verzichten.) Schließlich sprach noch Geheimrat Kastl vom Reichsverband der deutschen Industrie, der darüber jammerte, daß man fortgesetzt Kompromisse mit dem Sozialismus abschließe.

•

Schon wiederholt sind die sächsischen Unternehmer, die sich im Verband sächsischer Industriellen zusammengefunden haben, mit der Forderung aufgetreten, daß die Löhne herabgesetzt werden, weil angeblich dadurch die Krise leichter überwunden werden könnte. Für die Unternehmer ist es immer am bequemsten, nach einem Abbau der Löhne zu schreien, weil sie auf diese Weise scheinbar am leichtesten über alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegkommen. Mit der Einsicht in volkswirtschaftliche Zusammenhänge ist es bei unseren Unternehmern niemals weit hergewesen, und wenn es sich um die Löhne handelt, dann hört bei ihnen jede Logik auf. So hat z. B. der Herr Wittke selbst zugegeben, daß aus der ungestümen Technisierung, d. h. also aus der Rationali-

Der neue Retter

Eine zeitgemäße Auswechslung im Hause Brüning.